

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Eringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geldchäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gehaltene Zeitspalt mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdener Volkszeitung.

Nr. 104.

Dresden, Donnerstag den 8. Mai 1913.

24. Jahrg.

Die Pariser Blätter nehmen an, daß ein festes Einvernehmen zwischen Frankreich und Spanien in Vorbereitung ist.

Die Blockadetruppen der Mächte treffen Maßnahmen zur Belegung von Skutari.

Die heutige Vorkonferenz in London befaßt sich mit dem Statut für Albanien.

Der verschwundene Bürgermeister Troemel von Ulfom ist die Fremdenlegation eingetreten.

Zwölf Mitglieder eines Bootes sind bei der Insel Sphl ein Kapitänleutnant und zwei Obermatrosen ertrunken.

Fürstentum und Wehrvorlage.

In der bürgerlichen Presse ist die Diskussion über die Wehrvorlage vollständig verstummt. Stünde nicht die Berner Konferenz bevor, von der man wohl oder übel doch Notiz nehmen muß, so würde der geruhige Leser der Kreis- und städtischen Intelligenzpresse bald vergessen haben, daß der Reichstag vor einer der größten Entscheidungen steht, vor einer Entscheidung, die in das Volksleben und die Volkswirtschaft aufs tiefste eingreift. Wie auf Verabredung hat man alles Reden und Schreiben über dieses heikle Thema eingestellt: Stot von nationalitätlicher Stimmungsmache regt sich im stillen Klaviermaße kaum ein Hauch.

Die Schweizerzeitung der bürgerlichen Presse und der liberalen Parteien ist nicht schwer zu erklären. Sie rechnen heute damit, daß die Wehrvorlage von allen bürgerlichen Parteien ohne weiteres angenommen wird, und darum erheben ihnen jedes Geerde darüber überflüssig, und sie wissen, daß die Stimmung der Wähler dieser Vorlage so ungünstig wie nur möglich ist, und darum halten sie jedes Draufziehen mit Recht für gefährlich. In den Reihen des Zentrums und der Sozialdemokratie herrscht über die militärische Haltung der Parteien große Unzufriedenheit, eine Diskussion über die Haltung der Fraktionen könnte nur die im Parteilager herrschende Unstimmigkeit und Uneinigkeit offenbaren. Drum soll man nichts hören von Gründen und Gegenständen, man hat nur den Wunsch, durch eine möglichst schleunige und möglichst gründliche Annahme der Vorlage aus einer Situation herauszukommen, über deren Fatalität man sich selber nicht zum geringsten Zweifel hingibt.

Überdies hat sich die Weltlage in den letzten Tagen wiederum so gestaltet, daß es selbst dem dickköpfigsten Lösungsmittel schwer fallen würde, aus ihr Kapital zu schlagen. Man hat versucht, uns das deutsche Volk als den Mann der Rabel darzustellen, dem Löwe und Trache den Augen zu zeigen verstopfen; vorne die panlawistische Gefahr, hinten die französische Revandepolitik. Was ist aus diesem Scheitern geworden? Die Ereignisse der letzten Tage haben den alten Beweis erbracht, daß weder Rußland noch Frankreich von europäischem Krieg will, und die Dienste, die England der Lage des Friedens geleistet hat, werden in nationalliberalen Kreisen in überaus dankbarer Weise geleistet. Wir wären die Welt zu wünschen, daß die Dynastien und kapitalistischen Kräfte des Auslandes aus humanem Abscheu vor der Schändlichkeit des Krieges für alle Zeit der Gewaltpolitik entloht und sich zu den Idealen des Pazifismus bekehrt hätten. Schade aber ist, daß das Risiko eines europäischen Krieges ungenauer geschätzt ist. Kein König, dem seine Krone lieb ist, seine Kapitalistenklasse, die in friedlichem Wettbewerb ihren Erwerb zu betriebligen kann, wird sich so leicht in kriegerische Abenteuer stürzen. Darum hat die internationale Einigkeit alle Verhandlungsproben der Balkanhandlung ausgeschaltet, und die Gefahr, daß sich aus ihnen ein allgemeiner europäischer Krieg entwickeln könnte, darf für so gut wie vollständig beseitigt gelten.

Der Zusammenstoß der slavischen Balkanvölker sollte für Deutschland eine Gefahr werden. Aber von diesem Zusammenstoß merkt man bisher sehr wenig. Serbien hat Montenegro gegenüber den Mächten — vernünftigerweise — im Stich gelassen und die Existenz eines österreichisch-bulgarischen Bündnisses gegen alle hohe Ansprüche Serbiens bei der Verteilung der Beute wird glaubhaft behauptet. Mehr als durch diese Landachen wird den Rüstungsgebern das Konzept von einer Seite verborgen, von der man es am allergeringsten erwartet hätte. Wilhelm II. rüstet die Kugel seiner Tochter. Und bei der Vorliebe wie dem unangenehmen Gesicht dieses Herrschers im Arrangement rüstender Festlichkeiten kann es nicht ausbleiben, daß sich die deutsche Militärvorlage gestaltet, die sich nur denken läßt. Die souveränen Europas sind zu Tisch gebeten, und alle kommen sie oder schicken Vertreter: nicht nur der Kaiser von Oesterreich und der König von Italien, sondern auch der König von England und der Bar von Rußland! Ja, es heißt, daß besondere Anstrengungen gemacht werden, um auch eine Sonderdelegation der französischen Republik nach dem Berliner Kongress zu komplementieren. Nichts soll gespart werden, was gut und teuer ist, alles was staatliche Macht verschönert, den Purpur trägt und im Schmucke höchster Orden prangt, soll vertreten sein. Und während Nikolaus die

Gattin Wilhelms II. zu Tisch führt, Georg mit Wilhelm Bruderschaft trinkt und die Vertreter des französischen Präsidiums — freilich nur Zivilisten! — mit allen Ehren und überströmender Liebenswürdigkeit empfangen werden, will man dem Volk draußen einreden, der Weltkrieg stünde vor der Tür, und Deutschland müßte über Hals und Kopf rüsten, um nicht unter die Räder zu geraten?

Für eine solche Politik mit doppeltem Boden kann man noch eher in den aufgeklärten Bevölkerungsschichten Verständnis finden, die den Wert höflicher Freundschaftsbeteuerungen richtig einschätzen wissen, als in jenen leider noch immer recht zahlreichen dumpfen Massen, die die höchsten Gipfel der Politik dort vermuten, wo das Folgeremoniell am reinsten waltet. Was für einen Vers sollen sich diese bedauernswerten Leute auf die Tatsache machen, daß man auf der einen Seite ein höfliches Friedensfest rüstet, wie es die Welt glaubvoller noch nie gesehen haben soll, auf der andern Seite aber mit militärischen Forderungen kommt, die sich nur aus der größten Not, der schwersten Kriegsgefährdung des Vaterlandes erklären und rechtfertigen lassen?

Das in Deutschland herrschende System leidet an einer Flucht der Festlichkeiten. Gestern wählte man noch 1813. Der König rief und alle, alle kamen! Gold gab ich für Eilen! Heute wird schon wieder ein anderes Bild gestellt, das friedliche Europa muß jetzt huldierend zu Füßen der bräutlichen Kaiserin liegen. Auf blutige Waffen folgt Gesang und Tanz...

Aber wie immer die höfliche Festanlage lautet, für das Volk bleibt es immer daselbe: dienen, opfern und zahlen!

Ein vernichtender Schlag gegen Finnland.

Die finnische Frage ist von der russischen Regierung wieder auf die Tagesordnung gestellt. Nachdem die Petersburger Eroberer bisher mit dem sogenannten Gleichstellungsgesetz operierten, um Finnland zu russifizieren, gehen sie nun zur entscheidenden Aktion gegen Finnlands Freiheit und Selbstständigkeit vor, indem sie die verfassungsmäßig gewährleistete finnische Justiz zertrümmern und das unglückliche Land auf dieselbe Stufe stellen, wie das unter dem Joch der Rechtslosigkeit und der Despotie stöhnende russische Reich.

Als öffentliche Aufhebung dieses Vorhabens der russischen Regierung dient der Entwurf über die Ausdehnung der russischen Gerichtsbarkeit in politischen Angelegenheiten auf das Großfürstentum Finnland, der vom Justizminister in der Duma eingebracht worden ist. Mit einer Offenheit, die an Zynismus grenzt, verlangt der russische Justizminister, daß die Verfolgung der Vergehen „gegen die Sicherheit des Staates“ den finnischen Richtern und der finnischen Justiz entzogen werden soll. Statt dessen sollen alle Artikel des russischen Strafgesetzbuches, die das freie Wort, die freie öffentliche Betätigung in Fesseln legen, auch auf Finnland ausgedehnt werden, und mit dem Amt der Richter der finnischen Freiheit sollen die Kreaturen des Justizministers in Petersburg betraut werden. Deutlicher als aus irgendeinem der zahlreichen russischen Erdrosselungsgesetze gegen Finnland tritt aus dieser Vorlage des Justizministers das Bestreben hervor, die allgemeine russische Rechtslosigkeit auch auf Finnland auszudehnen und durch die Vernichtung der finnischen Freiheit eine eigenartige Gleichheit der Sklaverei in Finnland und im ganzen Reiche herzustellen.

Nach der Vorlage des Justizministers sollen nicht bloß die entsprechenden, als allzu schwach befundenen Artikel des finnischen Strafgesetzbuches abgeschafft und durch die russischen ersetzt werden, es sollen auch alle Segnungen der politischen Spionage und der geheimen gerichtlichen Feinde aus Rußland nach Finnland übertragen werden. Der Justizminister deutet zwar nur vorsichtig an, daß neben den Beamten der finnischen Polizei auch die russische Polizei mit der Untersuchung betraut werden könne; wer aber die russische Praxis kennt, kann dessen sicher sein, daß nach der Annahme dieser Vorlage die russische „Ochrana“ mit ihren großen und kleinen Akten ihre schändliche Tätigkeit auch auf Finnland erstrecken wird.

Welche gewaltige Umwälzung das Vorhaben der russischen Regierung in Finnland hervorrufen wird, geht schon daraus hervor, daß selbst der finnische Senat, die aus russischen Beamten bestehende höchste Behörde in Finnland, sich fast einstimmig gegen die Vorlage des Justizministers ausgesprochen hat. Nur vier Senatoren hielten es für möglich, sich dem Vorschlag der Regierung anzuschließen, und zwar aus dem Grunde, weil die geplante Umwälzung nach ihrer Ansicht den einzig möglichen Damm bildet gegen die weitere Verbreitung der „umwälzlerischen“ Ideen in den Kreisen der Arbeiter und Intellektuellen. Selbstverständlich hat sich auch der finnische Landtag in schärfster Weise gegen die geplante Vorlage ausgesprochen. Der Vorsitzende des Landtages, Genosse Lokoi, hielt es nicht für möglich, den Entwurf der Vorlage, als im Widerspruch zu der Verfassung und zur Geschäftsordnung stehend, dem Landtag zu unterbreiten, und setzte den Senat von dieser Ablehnung in Kenntnis. Der Landtag schloß sich einstimmig diesem Vorgehen bereits beendigt, die Neuwahlen für den Landtag finden erst am 1. August statt und die neue Session des Landtages soll

erst am 1. Februar 1914 beginnen. Inzwischen hat die russische Reichsduma das Wort, in der alle gegen Finnland gerichteten Erdrosselungsgesetze bisher stets eine sichere Wehrheit gefunden haben. Der Kampf ist nun erklärt. Die Schicksalsstunde der finnischen Freiheit ist in unmittelbare Nähe gerückt.

Die Verständigungskonferenz in Bern.

Die französisch-deutsche Verständigungskonferenz in Bern wird Pfingstsonntag vormittags 10 Uhr in der Aula der Berner Universität durch den Nationalrat Grim eröffnet werden. Begrüßungsansprachen werden der Nationalrat Greulich aus Zürich (Sozialdemokrat) und Dr. Sobal, der Direktor des internationalen Berner Friedensbureaus, halten.

Von deutschen bürgerlichen Abgeordneten haben sich u. a. als Teilnehmer angemeldet Dr. Konrad Gaußmann, Th. Viehling und Dr. Haas, vom Zentrum Pfeifer und Belzer. Außerdem nehmen noch mindestens 15 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete teil. Die erste Plenarsitzung der Konferenz beginnt Sonntag nachmittag, eine zweite findet Pfingstmontag vormittag statt.

Das Berliner Tageblatt schreibt zu der Konferenz:

Aus Schweizer Parlamentskreisen gehen uns Klagen darüber zu, daß auf der kommenden Berner Konferenz, am Pfingstsonntag, der deutsche Reichstag nur schwach vertreten sein wird, während die französischen Parlamentarier sich ungemein zahlreich angemeldet haben. Es scheint leider, daß etwa 100 französischen Teilnehmern nur etwa 80 deutsche gegenüberstehen werden. Allerdings ist zu bedenken, daß es in Frankreich zwei Parlamente — Deputiertenkammer und Senat — gibt, und daß in Deutschland nur die Mitglieder des Reichstages eingeladen wurden. Es ist ferner zu bedenken, daß die Konferenz gerade in die Zeit der preussischen Landtagswahltagung fällt und daß zahlreiche Reichstagsabgeordnete wieder für das Abgeordnetenhaus kandidieren oder in den Wahlkreisen ihrer Parteigenossen tätig sind. Demso ist, wie wir schon gesagt haben, für die französischen Parlamentarier der Umstand günstig, daß Bern von Paris aus besonders leicht zu erreichen ist. Immerhin wäre es doch in hohem Grade bedauerlich, wenn die Einladung, die von Seiten des Schweizer Parlaments ausgeht, in Deutschland so viel weniger Beachtung fände als in Frankreich. Es würde der ganz irrtümliche Eindruck entstehen, als sei man bei uns einer vernünftigen Annahme — nur um eine solche, nicht um irgendwelche Utopien handelt es sich — weniger geneigt als in dem Nachbarlande.

Die Gründe, die das Berliner Tageblatt für die geringe Beteiligung deutscher Parlamentarier anführt, sind doch nicht ganz zureichend. Es war vielmehr von vornherein bei den bürgerlichen Fraktionen des Reichstages nicht viel Neigung für die Konferenz vorhanden. Diese Leute fühlen selbst, daß solche Reden auf Verständigungskonferenzen mit Bewilligung von Militärvorlagen nicht gut zusammenstimmen. Außerdem ist es den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien wohl nicht bequem, mit den Sozialdemokraten in so nahe Berührung zu kommen. Immerhin freut es uns, daß wenigstens eine Anzahl Fortschrittler und Zentrumsvertreter in Bern anwesend sein werden.

Die Räumung Skutaris.

Aus Cetinje wird vom 7. Mai durch die Agenzia Stefani gemeldet: Der Zivilgouverneur von Skutari begab sich heute im Auftrage des Königs Nikolaus nach San Giovanni di Medua, um alle Einzelheiten bezüglich der Räumung Skutaris durch die Montenegriner und dessen Uebergabe an die Kommandanten des internationalen Geschwaders zu regeln. Die Räumung wird so bald als möglich erfolgen.

Das Statut für Albanien.

Wien, 7. Mai.

Die Neue Freie Presse erhält von kompetenter Stelle eine Darstellung des in der morgigen Sitzung der Londoner Vorkonferenz vorliegenden Statutes für das künftige Albanien. Die wichtigste Frage ist zunächst die Schaffung einer nationalen Gendarmerie, zu deren Organisation und Ausbildung fremdländische Offiziere werden herangezogen werden müssen. Hand in Hand mit der Lösung dieser Frage geht die finanzielle Frage. Da Albanien aller Geldmittel entblößt ist, soll dem neuen Staat eine Anleihe gewährt werden, entweder von Oesterreich-Ungarn und Italien in der Form eines Vorschusses auf die voraussichtlichen Einnahmen Albanien, oder es wird eine internationale Anleihe unter der Garantie Oesterreich-Ungarns und Italiens gemacht werden. Um dem neuen Staat Einnahmequellen zu verschaffen, wird zunächst das Steuerwesen zu regeln sein, das eine der schwierigsten Fragen des ganzen Komplexes ist. Einen weiteren Punkt betrifft die Justizpflege. Hier hat sich der Entwurf ungefähr an das Beispiel der Justizpflege in Ägypten gehalten. Weiter sind in dem Entwurfe die Errichtung von Schulen, die Anlage von Straßen, der Ausbau der Häfen und die Erbauung von Eisenbahnen vorgesehen. Als wichtigste Eisenbahnlinien kommen die von Balona nach Manastir oder von Durazzo nach Nestue in Betracht, von welsch letzterer eventuell eine Fortsetzung über Romanowo nach Rispendi gebaut werden soll. Seit nach Regensburg